

Steiniger Weg Indonesiens aus der Talsohle Politische Stabilisierung als Voraussetzung

Indonesien hat zwar eine neue, breit abgestützte Regierung, und in den Strassen der Hauptstadt herrscht Ruhe. Die innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes aber bleiben gewaltig. Trotz Hinweisen, die auf eine Besserung hindeuten, bleibt es damit fraglich, ob das Land wirklich ökonomisch aus der Talsohle herausfindet. Selbst der Erhalt der Nation ist noch keineswegs sichergestellt.

rt. Jakarta, im November

Indonesien mag seinen guten Ruf verloren haben. Aber seine Gastfreundschaft bleibt unerreich: Im Restaurant, wo der ausländische Besucher nun monatelang vom Zerfall der Währung profitiert hat, hängt plötzlich ein Schild, das einen 10%igen Preisnachlass ankündigt. Man entschuldigt sich so für das Erstarken der Rupiah und wünscht guten Appetit.

Positive Nachrichten

Es stimmt: Das Bündel an Banknoten, das der Besucher am Schalter am Flughafen entgegennimmt, ist mit der *Stabilisierung der Landeswährung* bei einem Dollarkurs von 6800 Rupiah einen Hauch dünner geworden. Diese Festigung gehört zu den ökonomisch positiven Zeichen, über die es seit kurzem aus Indonesien zu berichten gibt. Regierungsstellen und Bankfachleute sind sich einig, dass eine Stabilisierung bei etwa 6000 Rp. ideal wäre. Bei diesem Niveau bliebe Indonesien an der *Exportfront* wettbewerbsfähig. Das *Preisniveau* bliebe stabil, die *Zinsen* – für Staatsanleihen zur Stunde 13% – könnten weiter gesenkt werden und dem Bankensektor würde die Rückzahlung fälliger Dollarkredite erleichtert. In der Folge würden weniger kranke Teile des permanent am Rande des Kollapses stehenden Bankensystems aufgewertet und wären für Restrukturierungen wieder attraktiv.

An erster Stelle der positiven Nachrichten, die eine verhaltene Zuversicht nähren, dass die Talsohle durchschritten sein könnte, steht indessen die *Ruhe auf Jakartas Strassen*, die nach der Präsidentenwahl eingekehrt ist, sowie die weitverbreitete Überzeugung, dass mit der Wahl des *Präsidenten-Duos* Abdurrahman Wahid und Megawati Sukarnoputri die einzige Formel gefunden worden sei, die ein Chaos verhindert habe und eine Konzentration der Kräfte aller Parteien auf den Aufbau des Landes sicherstelle. Dazu kommt, dass der lähmende *Bank-Bali-Skandal* aus den Schlagzeilen verschwunden ist, weil der Untersuchungsbericht dazu dem IMF ausgehändigt wurde. Dies wiederum ermöglicht die *Wiederaufnahme der IMF-Hilfe* für Indonesien und neue Kredite der *Asian Development Bank (ADB)*.

Schliesslich profitiert die leere Staatskasse des erdölproduzierenden Landes momentan wenigstens von der Festigung des *Erdölpreises* auf 24 \$ pro Fass. Dem laufenden Haushalt, der zu über 60% aus Erdöleinnahmen finanziert wird, liegt noch ein Preis von \$ 10.50 zugrunde. Schenkt man schliesslich der neusten Erhebung der AC Nielsen in fünf grossen Städten Glauben, steigen sowohl die Konsumausgaben als auch die Zuversicht der Haushalte. Dieser Hoffnungsschimmer wiederum korreliert mit dem *Überwinden der deflationären Tendenz*: Erstmals seit sieben Monaten wurde im Oktober (gegenüber dem Vormonat) wieder ein leichter Preisanstieg verzeichnet, womit die Jahreststeuerung auf 1,6% zu stehen kommt. Schliesslich veröffentlichte die Notenbank eine Fülle von Angaben mit Umfrageergeb-

nissen und Branchenstudien, die den Schluss nahelegen, dass es nach dem Absturz des Bruttoinlandprodukts (BIP) um 13% im vergangenen Jahr nun wieder langsam aufwärtsgeht. Wegen der Erholung gegen Jahresende könnte 1999 demnach ein «Nullwachstum» und im nächsten Jahr ein BIP-Zuwachs um 3% bis 4% resultieren.

Vorsicht jenseits der Statistik

In Jakarta ansässige Unternehmer sind trotz dieser Zeichen *bestenfalls* vorsichtig optimistisch eingestellt. Damit Indonesien nämlich auf einen Pfad findet, der mehr als nur eine Stabilisierung auf tiefem Niveau bringt, sind umfangreiche *Sanierungsarbeiten* und *vertrauensbildende Massnahmen* in der Wirtschaft nötig. Der neue Präsident, Abdurrahman Wahid, mag bei seinen Blitzbesuchen im Ausland, die ihn zuerst nach Singapur und danach in die anderen Asean-Staaten geführt haben und wo er unter anderem klare Bekenntnisse zur Marktwirtschaft abgelegt hat, mit seiner «Qualität», allen zu gefallen, einen guten Eindruck bei Geschäftsleuten hinterlassen haben. Zu Hause halten sich aber grosse Zweifel hinsichtlich seiner Führungskraft, des Mutes zu Reformen, die dem Land schmerzhaft Veränderungen bringen könnten, der Kohärenz des 10 Parteien und 35 Minister umfassenden «Regenbogenkabinetts» und – grundsätzlich – der Reformfähigkeit des indonesischen Systems, das bisher mit der Kurzformel «*KKN*» umschrieben werden konnte: Korruption, Kollusion, Nepotismus.

Für die ehemalige Beraterin des abgewählten Präsidenten Habibie, *Dewi Fortuna Anwar*, stellt sich in diesem Zusammenhang auch die grundsätzliche Frage, ob Indonesien es schafft, von der

Personenfixierung der Vergangenheit wegzukommen und glaubwürdige *Institutionen* aufzubauen, die *Rechtssicherheit* schaffen und vor Willkür schützen. Ob etwa die *Fluchtgelder* der chinesisch-stämmigen Geschäftsleute, die vor zwei Jahren das Land verlassen haben und auf 60 Mrd. bis 80 Mrd. \$ geschätzt werden, wieder zurückfliessen und damit einen Beitrag zur Ankurbelung von Indonesiens Wirtschaft leisten werden, hängt davon ab, ob diese Gelder in einem sicheren Umfeld investiert werden können. Dies ist z. B. so lange nicht gewährleistet, als diese Gelder durch die verschachtelten Konglomerate hindurch zur Dekung von Altlasten herangezogen werden können. Wahid hat in Singapur bei einem Vortrag vor Geschäftsleuten um diese Gelder geworben. Garantien dafür, dass sie nicht im Sumpf des völlig überschuldeten Banken- und Unternehmenssektors hängenbleiben und aufgesogen werden, müssen aber erst noch erarbeitet werden. Erst wenn diese Investorengruppe wieder Flagge zeigt und Vertrauen demonstriert, kann auch wieder mit ausländischen Investoren gerechnet werden.

Gefahr des Zerfalls noch nicht gebannt

Die grösste Gefahr für den Aufschwung, die alle zuvor zitierten Hinweise auf eine Erholung zu Makulatur machen könnten, droht nach verbreiteter Meinung von der *Separationsbewegung in Aceh*. Auch Vertreter der Weltbank in Jakarta weisen besorgt auf die Eskalation in Aceh hin, wo dieser Tage 1 Mio. Menschen für Unabhängigkeit demonstrierten. Die völlig widersprüchlichen Äusserungen des neuen Präsidenten in dieser heiklen Frage liessen jedenfalls Zweifel aufkommen, ob er die Gefahr richtig eingeschätzt hat. Wenn Aceh fällt, fällt laut Dewi Fortuna Indonesien auseinander. Das heisst, dass – bildlich gesprochen – auf einer Länge von 5000 km ein neues Verwaltungsmodell gesucht und umgesetzt werden muss. Die Mammut-Aufgabe, welche die Regierung lösen muss, geht also über die Ausrottung alter Geschäftspraktiken in staatlichen Stellen und über die Schaffung eines Vertrauensklimas hinaus; die Lösung der Probleme muss laut Dewi auch in ein Föderationsmodell münden.

Das Leiden am Wohlergehen des Mitmenschen Strittiges zum Neid und zu dessen Markt-Kompatibilität

tf. Kaum jemand bekennt sich zu ihm, und kaum jemand ist gefeit vor ihm: Der Neid gilt als wenig edler und dennoch allgegenwärtiger Charakterzug. Meist verbirgt er sich hinter vermeintlich ehrenwerter Fassade, wird also erst nach Abklopfen derselben erkennbar. Verstecken müsste er sich indes nicht. Denn Neid, und somit das Leid am Wohlergehen des Mitmenschen, ist ein realer und seit Urzeiten bei allen Völkern beobachtbarer Schmerz. Als solcher verdient er *seriöse* Berücksichtigung – auch seitens der *Sozialwissenschaften*. Diesem Anliegen angenommen haben sich am Donnerstagabend in Zürich der Bonner Soziologe *Erich Weede* und der in Zürich lehrende Ökonom *Ernst Fehr*. Auf Einladung der *Progress Foundation* und des *Liberalen Institutes* machten sie sich Gedanken zu den wirtschaftlichen Konsequenzen des Neids.

Konsens bei der Diagnose . . .

Einig waren sich die beiden in der Einschätzung, dass Neid kaum auszurotten sei. Weede untermauerte dies mit dem Hinweis auf den durchaus rationalen Kern des Neidgefühls auf Grund sogenannter *Positionsgüter*. Solche Güter kennzeichnen sich durch eine extrem hohe Rivalität des Konsums. Das heisst: Wer ein Positionsgut in Anspruch nimmt, mindert notwendigerweise die Chancen der anderen, das gleiche Gut zu geniessen. Beispiele hierzu liefern hohe soziale Positionen, zumal nicht jedermann Bundesrat oder Konzernchef werden kann. Da die Inanspruchnahme solch gehobener Positionen voraussetzt, dass andere in unteren Positionen verbleiben, ist Neid eine naheliegende *emotionale* Reaktion. Und da mit zunehmendem Wohlstand einer Gesellschaft der Kampf um die Formen dieses Wohlstandes – will heissen: der Kampf um Positionsgüter – immer wichtiger wird, ist Neid in Weedes Worten nicht allein ein Ärgernis, sondern zusätzlich ein «*Ärgernis mit Zukunft*».

An die Zukunft des Neids, verstanden als Aversion gegen Ungleichheit, glaubt auch Fehr. Argumente hierzu entlehnt er sich nicht zuletzt der *experimentellen Ökonomie*, seinem wissenschaftlichen Steckenpferd. Die im Rahmen ökonomischer Experimente gezeigte Tendenz neidischen Verhaltens sah er im Rahmen eines kleinen Verteilungsspiels um 100 Fr. beim Vortragspublikum ebenfalls bestätigt. Aber auch die vielen Nein-Stimmen älterer Frauen bei der jüngsten Abstimmung über eine Mutterschaftsversicherung in der Schweiz wertet er als Indiz für die evolutorische Hartnäckigkeit des Neid-Phänomens.

. . . und Dissens bei der Therapie

Mit der Betonung der Persistenz des Neides hatte sich der Konsens der beiden Referenten bereits erschöpft. Namentlich bei der Frage nach der *Funktionsfähigkeit des Marktes* in einer «neidischen Wirtschaft» kamen sie zu höchst unterschiedlichen Antworten. Für Weede hat Neid in einer auf Freiwilligkeit basierenden Welt des Marktes keine sozial schädlichen Konsequenzen. Wer andere Menschen um Geld, Güter oder Positionen beneide, könne ja den Versuch starten, auf dem Markt wohlhabender zu werden. Und da auf einem *Wettbewerbsmarkt* auf Dauer derjenige am erfolgreichsten sei, der sich am Wohl seiner Mitmenschen – lies: der Abnehmer seiner Pro-

dukte und Leistungen – orientiere, werde der Neider dazu gezwungen, sich so zu verhalten, als ob er ein besserer Mensch wäre. Der Neider mutiere quasi kraft des Marktgesetzes zum *Altruisten*. Anders sei dies jedoch bei Berücksichtigung der *politischen* Welt und somit der potentiellen Androhung von Gewalt und Zwang. Unter demokratischer Mehrheitsherrschaft müsse die Lücke zur Minderheit der Beneideten nicht mehr durch eigene Anstrengung geschlossen werden, sondern könne – als destruktive Option – über die zwangsweise Enteignung des Erfolgreichen erfolgen. Nichts zwingt also in einer demokratischen Mehrheitsherrschaft die Neider, sich moralisch besser zu verhalten, als sie sind.

Nicht einverstanden erklären mit solchem Vertrauen auf die Marktkräfte konnte sich Fehr. In seiner Optik können dezentrale – und somit marktwirtschaftliche – Entscheidungsstrukturen beim Vorhandensein von Neid und Statuspräferenzen zu ineffizienten Resultaten führen. «Neid ist *nicht unschuldig* in Märkten.» Die Ursache sieht er in Nutzenexternalitäten begründet: der Statusgewinn einer Person A entspreche immer dem Statusverlust einer Person B. Wenn sich beispielsweise A gegenüber seinem Nachbarn B abheben wolle und deshalb ein prestigeträchtiges Luxusauto kaufe, Nachbar B indes dasselbe überlege, hätten am Schluss zwar beide Personen ein dünneres Portemonnaie, der angestrebte Statuserfolg habe sich aber bei keinem eingestellt. Zur Vermeidung solcher *wohlfahrtsmindernder* Situationen stösst der Markt gemäss Fehr an Grenzen. Notwendig seien daher intelligente – vom Referenten leider nicht näher konkretisierte – Institutionen.

Kein Fortschritt bei WTO-Gesprächen mit China

Washington, 12. Nov. (Reuters) Die jüngste Runde der amerikanischen-chinesischen Verhandlungen über eine Aufnahme der *Volksrepublik China* in die *Welthandelsorganisation* (WTO) ist am Freitag ergebnislos zu Ende gegangen. Die *amerikanische Regierung* in Washington teilte mit, bemerkenswerte Fortschritte seien nicht erzielt worden. Die amerikanische Delegation werde am Samstag nach Washington zurückkehren. In US-Regierungskreisen hiess es, weitere Gespräche seien derzeit nicht geplant. China bemüht sich seit 13 Jahren um den Beitritt zur 134 Mitglieder zählenden WTO. Die USA, die Europäische Union (EU) und andere Staaten müssen dem Beitritt erst zustimmen. Sie knüpfen ihr Einverständnis jedoch an eine weitergehende Öffnung des chinesischen Marktes.

Am Freitag kamen die Delegationen der US-Handelsbeauftragten *Charlene Barshefsky* und des chinesischen Aussenhandelsministers *Shi Guangsheng* noch zu einem kurzen Gespräch zusammen. Anschliessend liess Barshefsky in Washington mitteilen, bei den dreitägigen Gesprächen habe es keine positiven Entwicklungen gegeben. Ursprünglich war der Abschluss der Konferenz nach zwei Verhandlungstagen für Donnerstag vorgesehen. Zu den kritischen Punkten der Gespräche wurden keine Angaben gemacht.

Produktivitätssprung in den USA

Cl. Washington, 12. November

Die *Arbeitsproduktivität* in der amerikanischen Wirtschaft (ohne Agrarsektor) ist im *dritten Quartal* unerwartet stark gestiegen, nämlich mit einer Jahresrate von 4,2%, verglichen mit nur 0,6% im Abschnitt April-Juni und 2,7% im ersten Vierteljahr. Gleichzeitig haben die Lohnstückkosten nur um 0,6% zugenommen, nach 4,2% bzw. 1,4% in den beiden Quartalen zuvor. Die führenden Wall-Street-Analysten hatten für die drei Monate Juli-September mit einem Produktivitätszuwachs von 3,0% und mit einer Avance der Lohnstückkosten um 1,5% gerechnet. Die neusten Daten bestätigen, dass die Produktivitätsgewinne dank dem technischen Fortschritt mehr als ausreichen, um die höheren Löhne zu kompensieren, dass also trotz der angespannten Arbeitsmarktlage (noch) kein Inflationsdruck zu befürchten ist. Die Finanzmärkte reagierten positiv, scheinen doch die Daten eher gegen eine weitere Zinserhöhung durch das Federal Reserve zu sprechen. Einschränkend gilt es allerdings festzuhalten, dass die Produktivitätsstatistik als eine der unzuverlässigeren Zahlenreihen anzusehen ist und starke Schwankungen oft nicht erklärt werden können. Viele Ökonomen vermuten, dass die Produktivität lange Zeit eher unterschätzt worden ist. Dies wurde bestätigt durch langfristige Korrekturen, die das Arbeitsministerium vorgenommen hat. Danach stieg die Arbeitsproduktivität ausserhalb der Landwirtschaft in der Zeit von 1979 bis 1998 nicht um 1,1%, wie bisher angenommen, sondern um durchschnittlich 1,6% pro Jahr.

Wie das Department of Commerce unabhängig davon mitteilte, sind die *Detailhandelsumsätze* im *Oktober* gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben, nachdem sie im September leicht um 0,1% zurückgegangen waren. Massgebend für die Flaute sind die geringeren Autokäufe. Klammert man diese aus, so stiegen die Umsätze im Oktober um 0,5% und im September um 0,6%. Die private Konsumnachfrage insgesamt ist bis zuletzt robust geblieben.

Anzeige

Victoria
DESIGN



basics

basics der neue Katalog von Victoria Design ist da. Einfach mit diesem Talon anfordern:

Vorname
Name
Strasse/Nr.
PLZ/Ort
Telefon

Victoria Design AG
CH 6340 Baar
Tel +41(0)41 769 53 53
Fax +41(0)41 769 53 54